

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Oskar Huemer

Zur Strategie der Kriegs-  
verhinderung

Rainer Waterkamp

Wandlungen der amerika-  
nischen Rüstungspolitik

B 10/67

8. März 1967

Oskar Huemer, geboren 31. August 1916, Publizist in Wien. Von 1949 bis 1953 österreichischer Parlamentsabgeordneter (Sozialistische Partei Österreichs).

Veröffentlichungen u. a.: Zwei Kommentarwerke und zahlreiche Aufsätze in politischen und Fachzeitschriften, darunter dem theoretischen Organ der SPÖ „Die Zukunft“ und in „Internationale Politik“, Belgrad. In Vorbereitung ein Sachbuch mit dem Titel „Mit den Deutschen leben — die deutsche Frage aus neutraler Sicht“.

Rainer Waterkamp, Diplom-Politologe, geb. 31. Oktober 1935 in Brandenburg/Havel, 1960 Assistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, 1963—65 beim Presseamt der Stadt Kiel, 1965—66 bei der Staatlichen Pressestelle Hamburg, ab 1966 Studienleiter des Europahauses Berlin.

Veröffentlichungen: Atomare Abrüstung, Berlin 1965, und Zeitschriftenaufsätze vornehmlich zu außenpolitischen Fragen.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Zur Strategie der Kriegsverhinderung

## Die Frage des Atomsperrvertrages

In den letzten Wochen stand das Für und Wider des geplanten Atomsperrvertrages im Mittelpunkt der Diskussion in aller Welt. Bei uns rückten die Konsequenzen für den technischen Fortschritt in den Vordergrund, da die Bundesrepublik Deutschland ohnehin ausdrücklich auf den Erwerb und die Herstellung von Atomwaffen verzichtet hat. In anderen Ländern spielte daneben der militärische Aspekt eine Rolle. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe den Aufsatz eines österreichischen Publizisten, der den Atomsperrvertrag aus der Sicht der kleineren neutralen Staaten untersucht. Der folgende Beitrag von Rainer Waterkamp nimmt zwar nicht direkt auf den Atomsperrvertrag Bezug, ergänzt aber den Aufsatz von Huemer insofern, als er sich mit der Strategie des Atomzeitalters aus dem Blickwinkel einer der beiden atomaren Supermächte befaßt.

Über den von den USA und der UdSSR in Aussicht genommenen *Nonproliferationsvertrag* (Atomsperrvertrag) ist eine heftige Diskussion entbrannt. Der geplante Vertrag bezweckt ein internationales Verbot der Errichtung neuer Produktionsstätten für nukleare Waffen (*Proliferation*), zudem ein Verbot der Weitergabe von Atomwaffen an nichtatomare Staaten (*Disemination*). Die Argumente und Gegenargumente für und gegen einen Nonproliferationsvertrag sind so mannigfaltig und vielfach so gegensätzlicher Natur, daß es nicht möglich ist, im Rahmen einer kurzen Studie den gesamten Fragenkomplex erschöpfend zu behandeln.

In jüngster Zeit hat die neutrale Schweiz mit gewichtigen Stimmen in die Diskussion eingegriffen. Das hat seinen guten Grund, denn für einen neutralen Kleinstaat, der keinem militärischen Bündnissystem angehört, ist die Frage der Sicherheit von vitaler Bedeutung.

Rainer Waterkamp:

Wandlungen der amerikanischen  
Rüstungspolitik . . . . . S. 13

Darum mag es für die Bildung eines objektiven Urteiles dienlich sein, auf die eidgenössische Argumentation näher einzugehen.

## I. Strategie im Atomzeitalter

Einer der führenden Schweizer Wehrpolitiker, Gustav Däniker<sup>1)</sup>, versteht unter Strategie „die Summe aller Maßnahmen zur Verwirklichung der staatlichen Zielsetzung“. Däniker geht damit bewußt von der klassischen Clausewitzschen Definition ab und lehnt sich der

„höheren oder großen Strategie“ des britischen Militärtheoretikers und Publizisten Liddell Hart wie auch der „totalen Kriegskunst im Frieden“ des französischen Generals Beaufre. Er plädiert wie Beaufre für eine „totale Strategie“, der die Funktion zukommt, die verschiedenen allgemeinen Strategien in politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer und militärischer Hinsicht zu koordinieren.

<sup>1)</sup> Gustav Däniker, *Strategie des Kleinstaats*, Frauenfeld 1966. Dr. Gustav Däniker, geboren am 26. August 1928, ist Major im Generalstab der Schweizerischen Armee und lebt in Zürich. Er ist Mitglied des Londoner Instituts für Strategische Studien.

Däniker schreibt: „Doch setzt dies zunächst ein Umdenken voraus. Wir müssen einsehen, daß

der Kleinstaat nicht zum Großhans wird, nur weil er sich mit den internationalen Sicherheitsproblemen zu beschäftigen beginnt oder gar Maßnahmen trifft, die im Ausland nicht sofort verstanden werden. Sich um die eigene Sicherheit zu sorgen, ist kein Privileg der Großen. Der Kleinstaat wird aber seine Stimme erheben müssen, um seine Ansicht darzulegen. Zur modernen Strategie gehört nicht zuletzt die Erläuterung der eigenen Vorhaben, damit die beabsichtigte Wirkung erzielt wird. Denn eines ist bereits klar geworden: Die Bemühungen des Kleinstaates um seine Sicherheit werden nur Erfolg haben, wenn sie sich in die allgemeine Bemühung einreihen, den Krieg zu verhindern.“<sup>2)</sup>

Es muß mit besonderem Nachdruck vermerkt werden, daß Däniker den *Primat der Politik* anerkennt: „Die Schweiz muß noch mehr als bisher die Entwicklung der Vernunft in der Welt stärken helfen, und es wird einer eingehenden Studienarbeit bedürfen, in welchem Bereich unsere relativ schwachen Kräfte am wirkungsvollsten eingesetzt werden können. Vielleicht sollten wir Mitglied der UNO werden, um die Stimmen jener Regierungen zu ergänzen, die aus einer Gesamtverantwortung heraus urteilen und nicht nur ihren eigenen Interessenstandpunkt vertreten. Vielleicht sollten schweizerische Blauhelme für Befriedigungsaktionen zur Verfügung stehen. Vielleicht könnten wir bei verschiedenen Hilfswerken eine noch größere Rolle spielen. Eine stärkere Beteiligung am internationalen Geschehen scheint auf alle Fälle notwendig. Weder Selbstzufriedenheit noch Angst vor Verstrickung in fremde Händel und Schuld sollten uns davon abhalten, denn nur wer handelt und Verantwortung übernimmt, kann seinen Einfluß geltend machen.“<sup>3)</sup>

Däniker betrachtet die Welt nicht mit den Augen eines utopischen Schwärmers, sondern er ist ein nüchtern analysierender Realpolitiker. Darum kann er nicht an der Tatsache vorbegehen, daß die Politik der Macht bedarf. Er schreibt dazu: „Die zusätzlich geistig-politische Anstrengung wird sich somit — wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben — vor dem Hintergrund eines Minimums an realer Stärke, an faktischer Fähigkeit zur Selbstbehauptung abspielen. Das will nicht heißen, daß wir unser Augenmerk nicht ebensosehr auf Abrüstung wie auf Rüstung, auf die Möglichkeit der geistigen Friedenssicherung wie auf die Entwick-

lung der Kriegstechnik, richten. Aber es bedeutet, daß wir uns nicht als einzelne und dazu noch kleine Nation aus dem Bannkreis der Machtpolitik lösen können. Diese wird noch lange Zeit die Geschehnisse unserer Welt und damit Europas bestimmen. Gewicht — und sollte es auch nur ein kleines sein — hat nach wie vor nur, wer etwas in die Waagschale der Macht zu werfen hat.“<sup>4)</sup>

Man sollte Däniker dankbar sein, daß er sich nicht gescheut hat, diese Wahrheit, zugegeben eine brutale Wahrheit, mit dem notwendigen Freimut auszusprechen. Er weiß sehr wohl, daß die Menschheit heute eine praktisch unbegrenzte Zerstörungskraft auslösen kann. Sie hat zum erstenmal in ihrer Geschichte die technische Möglichkeit, sich selbst auszurotten. Er weiß auch, daß die Gefahr der Vernichtung dauernd besteht, in jedem Augenblick. Sie ist eine Sache von Minuten, nicht mehr von Monaten oder Jahren. Er ist sich auch dessen bewußt, daß ein Land heute vernichtet werden kann, ohne daß es nötig ist, vorher seine Streitkräfte auszuschalten. Eine Verteidigung im herkömmlichen Sinn ist nicht mehr möglich. Gerade weil sich Däniker keinen Illusionen hingibt, fühlt er sich zu einer offenen Sprache verpflichtet:

„Wir bedauern, solch brutale Wahrheiten aussprechen zu müssen, nachdem jedermann nur das eine hören möchte: die Botschaft von der wachsenden Vernunft und der neuen Politik der Menschheit, die endlich begriffen hat, was das Gebot der Stunde ist. Aber die Möglichkeit ihrer Selbstvernichtung hat eben nicht zur Ein- und Umkehr geführt, sondern lediglich zu neuen Formen der Politik und Strategie, die man heute anzuwenden versucht. Das Spiel geht weiter; das Ringen um Einflußsphären und Selbstbehauptung ist nicht zu Ende, es wird lediglich mit andern Mitteln fortgesetzt. Wer es nicht mitzuspielen gewillt ist und meint, er könne unbeteiligter Zuschauer bleiben, läuft Gefahr, früher oder später überspielt zu werden.“<sup>5)</sup>

## 1. Das Prinzip der Abschreckung

Gestützt auf die neue Kriegstheorie des Generals Beaufre, verneint Däniker die Landesverteidigung im traditionellen Sinn. Weil es heute eben Waffen gibt, die imstande sind, ganze Kontinente in eine menschenleere Wüste zu verwandeln, ohne daß eine absolut zuverlässige

<sup>2)</sup> Däniker, a. a. O., S. 52.

<sup>3)</sup> Ebenda, S. 116.

<sup>4)</sup> Ebenda, S. 117.

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 118.

sige und vor allem wirksame Abwehr gegenübergestellt werden kann, besteht als Mittel der Verteidigung nur die reale Möglichkeit der Gegendrohung, daß heißt der *Abschreckung*.

Däniker erinnert in diesem Zusammenhang an die Lage der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Strategisch relativ unwichtig, verfügte die Schweiz doch über eine nicht unbedeutende militärische Abwehrkraft, die durch den unbedingten Verteidigungswillen der Eidgenossen zu einem Faktor wurde, mit dem auch Hitler rechnen mußte. Für Hitler war der Preis im Verhältnis zum erzielbaren Gewinn offensichtlich zu hoch. Die *defensive Abschreckung* tat ihre Wirkung. Freilich schützt die defensive Abschreckung einen Kleinstaat nicht vollständig vor der Erpressung durch den Stärkeren. Däniker verweist auf die Achillesferse des schweizerischen Verteidigungssystems während des Zweiten Weltkrieges, auf die wirtschaftliche Verwundbarkeit. Hitler soll einmal gesagt haben: „Die Schweizer, das sind vier Millionen Kriegsgefangene, die sich selbst bewachen, selbst ernähren und erst noch für uns arbeiten.“ Hitler hoffte, die Schweiz mit dem Mittel der Erpressung eines Tages einheimen zu können. Daß ihm das nicht gelang, verdankt die Schweiz dem Sieg der Alliierten. Der Faktor Zeit, der bei der defensiven Abschreckung eine nicht unwesentliche Rolle spielt, stand auf der Seite der Eidgenossen.

Däniker folgert daraus, daß jeder Kleinstaat auf eine Abschreckung angewiesen ist, welche die Siegserwartung des potentiellen Angreifers möglichst herabsetzt. Dabei konnte der Kleinstaat auch im Zeitalter der konventionellen Kriegführung niemals damit rechnen, eine Militärmacht auf die Beine zu stellen, die der ihn bedrohenden Großmacht auch nur einigermaßen ebenbürtig war. Es kam wesentlich darauf an, für den potentiellen Angreifer den Preis so hoch als nur möglich zu schrauben, wobei es freilich mit Bluff nicht getan war. Der Wert der Abschreckung entsprach also annähernd dem effektiven Verteidigungswert.

Im Zeitalter der Nuklearwaffen hat sich die Gefahr gewandelt; alle Staaten, die kleinen wie die großen, haben es mit einer ganz neuen Art der Bedrohung zu tun. Zwar ist der Wille, das Territorium des eigenen Landes so nachhaltig wie möglich zu schützen, nach wie vor der bestimmende Faktor jeder Landesverteidigung, doch gegen die weitreichenden Raketen mit Wasserstoffsprengköpfen zeichnet sich noch immer keine wirksame Abwehr ab. Heute

müssen alle Staaten ohne Ausnahme mit einem Atomschlag rechnen, der mit Sicherheit und innerhalb kürzester Frist jedes Leben in weitesten Teilen des Landes auszulöschen imstande ist. Nach Däniker wurde die Abschreckung von den Großmächten neu entdeckt und ins Absolute gesteigert: „An Stelle der Verteidigung — das heißt der auf die Dämpfung der Siegeshoffnung des Angreifers ausgerichteten Abschreckung — tritt die gegenseitige Abschreckung auf höherer nuklearer Ebene, gegründet auf den Gedanken der Vergeltung.“<sup>6)</sup>

Es versteht sich von selbst, daß die Vergeltungsdrohung nur dann ihre Wirkung tun kann, wenn dem potentiellen Kriegsgegner klar ist, daß er nach seinem eigenen Atomschlag auf jeden Fall mit einem atomaren Vergeltungsschlag rechnen muß. Darum unterteilte der US-Verteidigungsminister McNamara bereits 1965 das amerikanische Verteidigungspotential auf strategischer Ebene in die „Assured Destruction Capability“ (die strategischen Vergeltungskräfte) und in die „Damage Limiting Force“ (Streitkräfte, Zivilschutz, usw. zur Herabminderung der Wirkung eines Atomschlages). Es kann also nicht mehr von einer Verteidigung im traditionellen Sinne gesprochen werden. Däniker betont daher mit Recht: „Der Übergang von der Abwehr zur Vergeltung und die damit verbundene Steigerung der Abschreckung sind es also, womit sich jedes moderne Verteidigungsdenken beschäftigen muß.“<sup>7)</sup>

Däniker bestreitet keineswegs, daß auch in der Gegenwart einer starken konventionellen Armee eine eminente Bedeutung zukommt; er übersieht aber auch nicht, daß eine konventionelle Armee gegenüber einem Gegner, der über Atomwaffen verfügt, nicht mehr einen ausreichenden Abschreckungswert besitzt. Die Wandlung der Strategie und des Kriegsbildes bedingt, daß alle Sicherheitsmaßnahmen zuallererst vom Gesichtspunkt der *Kriegsverhinderung* betrachtet und beurteilt werden müssen.

## 2. Die Landesverteidigung der nichtatomaren Staaten

Alle Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, haben ein vitales Interesse an der Verhinderung jeglicher kriegerischen Auseinandersetzungen. Ihre Politik muß daher vor allem darauf gerichtet sein, in keine kriegerische Verwicklung hineingezogen zu werden. Es soll nicht

<sup>6)</sup> Ebenda, S. 65.

<sup>7)</sup> Ebenda, S. 67.

bestritten werden, daß jeder auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik natürlich Grenzen gesetzt sind. Diese Erkenntnis darf nicht zur völligen Resignation verführen. Vielmehr muß jeder nichtatomare Staat, mag er noch so klein sein, ein Maximum an Anstrengungen zur Völkerverständigung und zur Beseitigung der Mißverständnisse unter den Völkern leisten. Gerade dem Kleinstaat stehen in dieser Hinsicht bei weitem mehr Möglichkeiten offen, weil das Moment des Argwohnes wegfällt. Der Kleinstaat kann kaum jemandem gefährlich werden. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn das neutrale Österreich den Versuch unternimmt, unter den Völkern des Donauraumes zur Entspannung beizutragen. Der sogenannte „Neuner-Klub“ enthält zweifelsohne eine Reihe von Möglichkeiten, vorausgesetzt, daß sie bedeutsam und taktvoll genützt werden. „Wenn Herr de Gaulle auf Europa schaut, dann schaut er nach Osten; so ist es nun einmal vom Standpunkt Paris aus. Und wenn Herr Kossygin nach Europa blickt, dann geht sein Blick nur nach dem Westen; so ist es nun einmal, wenn man seinen Standpunkt im Kreml hat ... Wer Europa will, muß zunächst die menschliche, geistige, wirtschaftliche und politische Nachbarschaft des mitteleuropäischen Donauraumes bejahen. Das ist die Aufgabe der Nationen dieses Raumes, die uns niemand abnehmen kann und will. Diese Aufgabe trägt unsere Zukunft.“<sup>8)</sup>

Natürlich vermag die beste Diplomatie die Abschreckung nicht zu ersetzen. Däniker meint dazu: „Wer immer die diplomatische Offensive als Mittel der Verteidigung oder unsere Hilfstätigkeit in aller Welt gleichsam als überlebensgroße Rotkreuzarmbinde und damit als ausreichendes Schutzzeichen, verschont zu werden, hinstellt, sieht die Dinge zu einfach.“<sup>9)</sup> Däniker verweist auf das konkrete Beispiel der eidgenössischen Luftverteidigung: „Die atomare Drohung hat fast überall zum forcierten Aufbau einer wirkungsvollen Luftverteidigung geführt. Auch die Schweiz konnte sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen und schuf mit einer modernen Luftraumüberwachung, mit Hochleistungsflugzeugen, Luft/Luft- und Boden/Luft-Abfangwaffen ein wirksames System, das insofern zur Verhinderung eines Konflikts beiträgt, als die zwischen den Nato-Abschnitten Mitte und Süd klaffende Lücke ausgefüllt wurde.“<sup>10)</sup>

<sup>8)</sup> Heinrich Drimmel, Die Zukunft des Donauraums, in: Die Furche, 20. Juli 1966.

<sup>9)</sup> Däniker, a. a. O., S. 149.

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 147.

Darum bemüht sich auch das neutrale Österreich um sinnvolle Interpretation jener Bestimmungen des Staatsvertrages durch die Unterzeichnermächte, die der Republik Österreich dem Wortlaut nach den Besitz von Raketenwaffen verbieten. Es ist das unbestreitbare Verdienst des jetzigen österreichischen Verteidigungsministers Georg Prader, daß er allen Widerständen zum Trotz zum Aufbau einer modernen und wirkungsvollen Luftverteidigung drängt, die Verteidigungskraft der österreichischen Streitkräfte bei zweckmäßigster Verwendung der zur Verfügung stehenden Budgetmittel erhöht und damit den Willen zur Selbstbehauptung des österreichischen Volkes überzeugend manifestiert. Fürwahr keine beneidenswerte Aufgabe, wenn man bedenkt, daß in Österreich der Anteil des Landesverteidigungsbudgets im Jahre 1964 (für die folgenden Jahre liegen Vergleichszahlen noch nicht vor) lediglich 1,1 % des Bruttosozialproduktes betragen hat; im Vergleich dazu: in Schweden 4,2 % und in der Schweiz 2,6 %.

Mit einer ganz besonderen Genugtuung müssen die ehrlichen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland vermerkt werden, zu einer Aussöhnung mit den Völkern in Ost- und Südosteuropa zu gelangen. Die Schwierigkeiten sollen nicht verkannt werden. Viele Vorurteile und Mißverständnisse müssen aus dem Weg geräumt werden. Die neutralen Staaten (Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland) wären sicherlich bereit, ihre guten Dienste dem Ziel einer Aussöhnung zwischen dem deutschen Volk und den Völkern des ost- und südosteuropäischen Raumes zur Verfügung zu stellen.

Es kann nicht eindringlich genug vor einer Selbstaufgabe der nichtatomaren Staaten gewarnt werden. Die Argumentation, daß im Atomzeitalter jede Landesverteidigung sinnlos, ja geradezu verbrecherisch geworden sei, muß mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. „Wenn zur Niederringung einer kleinstaatlichen Armee eine gewichtige Zahl von Divisionen, Armeetruppen und Luftstreitkräften eingesetzt werden müssen, dann wird das Ziel, das diesen Aufwand bedingt, mit Sicherheit sehr kritisch angeschaut, ist es doch weder heute noch in absehbarer Zukunft so, daß in einem Konflikt vollausgerüstete Armeen von über einer Million Mann — und so viel würde eine rein konventionelle Niederwerfung der Schweiz theoretisch benötigen — nach Belieben zur Verfügung stehen.“<sup>11)</sup> Die

<sup>11)</sup> Ebenda, S. 154.

Anstrengungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Vietnam sprechen deutlich genug.

Seit die Interkontinentalraketen als Trägerwaffen für Atom- und Wasserstoffsprengköpfen praktisch jeden Punkt der Erde erreichen können und seit außerdem die Unverwundbarkeit der Abschlußrampen gesichert erscheint, vermeiden die Atommächte eine direkte Konfrontation. Die nukleare Vergeltungsstrategie übt einen stabilisierenden Einfluß aus; sie brachte der Menschheit das „Gleichgewicht des Schreckens“. Das Ziel der beiden Großmächte (USA und UdSSR) besteht in der Erhaltung ihres Macht- und Einflussesbereiches. Wo eine Erweiterung des eigenen Machtbereiches versucht wird, taktiert man mit größter Vorsicht und hält die Eskalation unterhalb der nuklearen Schwelle.

Wilhelm Grewe führt in seinem Aufsatz „Der Atomclub wird geschlossen“ dazu eine Reihe von Beispielen aus der jüngsten Geschichte an. Über den Krieg in Vietnam schreibt Grewe: „In seinen verschiedenen Phasen hat der Vietnam-Konflikt demonstriert, welche Stufen der Eskalation unterhalb der nuklearen Schwelle in einer Randzone möglich sind — wobei auch hier die Beteiligten die Gefahren keinen Augenblick aus dem Auge verloren haben, die sich aus einer Annäherung an diese Schwelle ergeben könnten. Nur in streng kontrollierten und vorsichtig kalkulierten Dosen haben die Amerikaner daher den Einsatz ihrer konventionellen Machtmittel zu steigern gewagt; und genauso vorsichtig und zurückhaltend haben Russen und Chinesen bisher auf diese Steigerung reagiert.“<sup>12)</sup>

Da die nukleare Vergeltungsstrategie eine offensive Politik allzu riskant macht, besteht die Gefahr, daß die Atommächte mehr und mehr dazu übergehen, ihre Konflikte und ihre offensiven Ambitionen mit Hilfe von nichtatomaren „Stellvertretern“ auf konventioneller Ebene austragen zu lassen. Ein „Krieg mit Stellvertretern“ liegt daher immer im Bereich der Möglichkeit. Das zwingt gerade jene nichtatomaren Staaten, die keinem militärischen Bündnisystem angehören, eine konventionell starke Abschreckungsmacht zu unterhalten.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Abschreckung des nichtatomaren Staates, mag sie auf konventioneller Ebene noch so

vollkommen sein, sofort ihre Wirksamkeit verliert, sobald der Krieg die nukleare Schwelle überschreitet, selbst schon dann, wenn die atomaren Drohungen glaubwürdig zu werden beginnen. Aus diesem Grund kommt Däniker zu dem Schluß: „Die Frage, ob der Kleinstaat seine Abschreckung allein mit den herkömmlichen militärischen Mitteln auch in Zukunft bestreiten kann, ist somit eindeutig mit Nein zu beantworten.“<sup>13)</sup>

Was Däniker über den Kleinstaat sagt — er hat bei seiner Untersuchung die neutrale Schweiz im Auge —, gilt ohne Zweifel für jeden nichtatomaren Staat. Keine konventionell ausgerüstete Armee der Welt kann auf längere Dauer einen Atombeschuß auch nur im taktischen Rahmen überstehen. Wer Soldaten Übermenschliches zutraut, handelt verbrecherisch. Deshalb müssen die nichtatomaren Staaten ernsthafte Überlegungen darüber anstellen, ob es sich noch weiterhin verantworten läßt, auf eine atomare Abschreckung zu verzichten.

### 3. Die atomare Abschreckung

Man weiß, daß heute bereits mehr als ein Dutzend Staaten in der Lage wären, Atomwaffen selbst herzustellen. Experten haben berechnet, daß zum Beispiel die kleine Schweiz imstande wäre, bei einem tragbaren finanziellen Aufwand eine eigene Atombombenproduktion aufzubauen und innerhalb eines Zeitraumes von etwa zwanzig Jahren pro Jahr dreihundert vierhundert Atomsprengkörper kleineren und mittleren Kalibers herzustellen. Es heißt, daß die Temperatur, die zur Zündung einer Wasserstoffbombe notwendig ist, bereits durch vier Hohlladungen erreicht werden kann, wenn deren Explosionen gleichzeitig auf einen Punkt konzentriert werden. Wenn es wahr ist, daß die Lasertechnik ebenfalls solche Temperaturen hervorzubringen vermag, so läßt sich unschwer schon für die nahe Zukunft eine erhebliche Verbilligung der Atomwaffenproduktion voraussagen. Die Tendenz weist also auf eine „Demokratisierung“ des Atomwaffenbesitzes hin.

General Beaufre führt in seinem Werk „Dissuasion et strategie“ den Nachweis, daß es sich für einen Staat nicht mehr lohnt, einen anderen Staat anzugreifen, wenn der Angegriffene über ein Atompotential verfügt, das zehn bis fünfzehn Prozent der nationalen Sub-

<sup>12)</sup> Wilhelm Grewe, Der Atomclub wird geschlossen, in: Die Zeit, 10. Februar 1967.

<sup>13)</sup> Däniker, S. 156.

stanz des Aggressors vernichten kann. Zur Abschreckung durch Vergeltung bedarf es demnach keiner Gleichheit der atomaren Mittel. Man darf damit rechnen, daß bereits dann ein Angriff unterbleibt, wenn der durch einen Vergeltungsschlag zu befürchtende Schaden größer ist als der durch die geplante Aggression erhoffte Erfolg.

Damit kommen wir zu einem ganz wesentlichen Punkt unserer Überlegungen: Die Atomwaffe ist eine Waffe für den Nichtgebrauch! „Wer Atomwaffen für den Gebrauch beschaffen will, geht an ihrer wesentlichsten Funktion vorbei. Ausmalen muß man sich den atomaren Angriff und die atomare Verteidigung lediglich, um den Grad der Drohung, die von dieser Waffenkategorie ausgeht, ermessen zu können. Hier liegt eines der Paradoxa des Atomzeitalters, das aber im Grunde genommen nur das ins Riesenhafte gesteigerte Paradox des ‚si vis pacem para bellum‘ ist. Atomwaffen müssen der Abschreckung dienen und Kriege verhindern, sonst sind sie wertlos. Auch der Kleinstaat hat die eigene Atombewaffnung in diesem Lichte zu sehen oder er sieht sie falsch.“<sup>14)</sup>

Däniker plädiert ganz entschieden für eine Ausrüstung der Schweizer Armee mit Atomwaffen. Er befaßt sich dabei sehr gründlich mit der Glaubwürdigkeit einer kleinstaatlichen atomaren Abschreckung. Wie soll eine Atommacht von wenigen Megatonnen eine nukleare Macht von einigen Tausenden Megatonnen abschrecken? Däniker beantwortet die Frage so: „Die Fragestellung ist ernst zu nehmen. Die Abschreckung hängt wirklich von der Glaubwürdigkeit des Einsatzes von Atomwaffen ab oder, besser, von der Unsicherheit eines Aggressors, ob der Angegriffene schließlich nicht doch zu diesem Mittel greifen wird. Gerade in diesem letzten Punkt liegt die kriegsverhindernde Wirkung auch kleiner Atomstreitkräfte. Wo sie bestehen, läuft der Angreifer Gefahr, daß der Krieg plötzlich auf die atomare Ebene überspringt, was nicht nur auf dem lokalen Kriegsschauplatz seine Konsequenzen haben, sondern rasch darüber hinausgreifen würde. Jeder Staat aber, so beweist die Geschichte der letzten zwanzig Jahre, wird es sich hundertfach überlegen, den Atomkrieg auszulösen und das Risiko der Eskalation und damit der Selbstvernichtung auf sich zu nehmen.“<sup>15)</sup>

Dabei muß besonders darauf verwiesen werden, daß die entsprechenden Proportionen eine entscheidende Rolle spielen. Für eine atomare Großmacht, die gegen einen atomaren Kleinstaat eine Aggression beabsichtigt, steht ein großes Risiko einem unbedeutenden Gewinn gegenüber. Demgegenüber geht es für den angegriffenen Kleinstaat um die biologische Existenz; er ist daher gezwungen, in Notwehr selbst vor einem Verzweiflungsakt nicht zurückzuschrecken.

Das Risiko für eine atomare Großmacht wird um so größer, je mehr es dem atomaren Kleinstaat gelingt, eine Atommacht für einen Vergeltungsschlag aufzubauen, das heißt, die Unverwundbarkeit der Atomwaffenträger zu garantieren (was in der Schweiz ohne weiteres möglich ist), so daß nach einem Überraschungs-Atomangriff unverzüglich mit einem massiven atomaren Gegenschlag geantwortet werden kann. Es ist klar, daß sich dadurch die Glaubwürdigkeit der Abschreckung ganz beträchtlich erhöht. Selbst Raymond Aron muß zugeben, daß das Gleichgewicht der Abschreckung nicht der Gleichheit des Atompotentials bedarf<sup>16)</sup>. Es ist lediglich erforderlich, daß der Schwächere über genügend geschützte atomare Vergeltungsmittel verfügt, um im Vergeltungsschlag noch so viele Zerstörungen anrichten zu können, daß sie der Stärkere als untolerierbar empfindet.

Die Diskussion in der Schweizerischen Eidgenossenschaft um die Notwendigkeit einer Atombewaffnung wird auch im benachbarten neutralen Österreich mit großem Interesse verfolgt. Es ist klar, daß unter einem Atomschirm der neutralen Schweiz die immerwährende Neutralität Österreichs eine nicht unbeträchtliche Steigerung ihrer Glaubwürdigkeit erfahren könnte. Daher begegnet der Plan eines Atomsperrvertrages ebenso wie in der neutralen Schweiz auch im neutralen Österreich großer Skepsis.

Seit der Entdeckung der Kernenergie und ihrer Verwendung für kriegerische Zwecke (Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki) lebt die gesamte Menschheit in einer permanenten Atomangst. Fast könnte man von einer „Atomneurose“ sprechen. Sie ist geeignet, den Verteidigungswillen der nicht-atomaren Staaten zu lähmen und einem verhängnisvollen Fatalismus Vorschub zu leisten. Eine Strategie, die ausschließlich mit konven-

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 171.

<sup>15)</sup> Ebenda, S. 175.

<sup>16)</sup> Raymond Aron, *Le grand débat*, S. 223.

tionellen Waffen planen muß, muß ihre Planung immer unter der Annahme eines möglichen Krieges treffen, den es zu gewinnen gilt. Die atomare Strategie dagegen ist auf die Kriegsverhinderung gerichtet. Für die strategische Planung im Atomzeitalter stellt sich also die Aufgabe nicht mehr: Wie kann ein möglicher Krieg gewonnen werden? Die Frage lautet vielmehr: Wie kann der Ausbruch eines Krieges verhindert werden? Kurzum, wir müssen lernen, mit der Atombombe zu leben.

Man muß daher Däniker zustimmen, wenn er meint: „Das Atomzeitalter bringt dem auf sich selbst gestellten Kleinstaat nicht nur neue Bedrohungen, es verschafft ihm auch neue Möglichkeiten der Selbstbehauptung. Wenn wir beide sorgfältig abwägen und unsere Chancen tatkräftig wahrnehmen, erhöht sich nicht nur unsere eigene Sicherheit; wir tragen überdies zur Sicherheit anderer Staaten bei. Diese doppelte Wirkung ist es, welche die neuen, großen Anstrengungen rechtfertigt.“<sup>17)</sup>

## II. Für und wider den Atomsperrvertrag

Ohne Zweifel wird das Thema der *Nonproliferation*, der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, in nächster Zeit zu einem politischen Traktandum erster Ordnung. „So, wie die Dinge sich entwickelt haben, werfen sie nicht nur ernste bündnispolitische Fragen, sondern auch Fragen des Verhältnisses zwischen den Supermächten und den übrigen Staaten insgesamt auf, die einer gründlichen Erwägung bedürfen.“<sup>18)</sup>

Gewiß, niemand kann sich den Gefahren verschließen, die eine Weiterverbreitung von Kernwaffen nach sich ziehen können. Die Menschheit wünscht den Frieden, und das Bedürfnis nach einer möglichst umfassenden Sicherheit ist ein allgemein menschliches Anliegen. Hier sollen ganz bewußt die diffizilen Probleme ausgeklammert werden, die sich für die atlantische Bündnispolitik ergeben. Es soll auch nicht auf die besonderen deutschen Vorstellungen eingegangen werden. Ganz abgesehen davon, daß die Bundesrepublik Deutschland in einer bindenden Form auf den Erwerb und den Besitz von Nuklearwaffen verzichtet hat, decken sich ohnehin die meisten der deutschen Auffassungen mit denen der übrigen nichtatomaren Staaten. Auch die Vorgeschichte des Atomsperrvertrages soll nicht rekapituliert werden, denn wenn man dies tut, beschleichen einen von vornherein Zweifel an der Ehrlichkeit der nach außen zur Schau getragenen Absichten des amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus in der Frage des Verbotes einer Weiterverbreitung von Atomwaffen. Wollen wir daher unterstellen, die Atommächte (die Volksrepublik China eingeschlossen) seien

ehrlich überzeugt, nur sie allein könnten garantieren, daß die Atomwaffen ihren kriegsverhindernden Charakter behalten und zu keinem anderen Zweck eingesetzt werden. Von dieser Prämisse ausgehend, wollen wir also die Gegenargumente der nichtatomaren Staaten der Reihe nach analysieren.

### 1. Diskriminierung

Die Atommächte argumentieren mit der Sorge, es könnten einmal politische Abenteurer und Hasadeure in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Der geplante Atomsperrvertrag soll demnach nukleare Abenteurer für alle Zeiten verhindern. Damit maßen sich die Väter des Atomsperrvertrages eine moralische Wertung an. Sie wollen bestimmen, wem sie die moralisch-ethische Kraft zutrauen, mit der Atombombe leben zu können. Das bedeutet — und darüber kann kein Zweifel bestehen — eine schwere Diskriminierung aller jener Völker, die über keine Atomwaffen verfügen. Es wäre geradezu absurd, allen Ernstes annehmen zu wollen, die friedliebenden Eidgenossen könnten in dem Augenblick von einer aggressiven Abenteuerlust befallen werden, da sie im Besitz von Atomwaffen sind.

### 2. Verzicht auf Souveränitätsrechte

Zugegeben, daß dieses Argument bei jenen Staaten, die bereits einen Teil ihrer staatlichen Souveränitätsrechte zugunsten supranationaler Organe (EWG, COMECON) oder militärischer Bündnisssysteme (NATO, Warschauer Pakt) aufgegeben haben, keine dominierende Rolle mehr spielt. Es besitzt jedoch eine nicht unwesentliche Bedeutung für die neutralen Staaten, die verpflichtet sind, ihre Neutralität mit

<sup>17)</sup> Däniker, a. a. O., S. 222.

<sup>18)</sup> Fred Luchsinger, Neue Zürcher Zeitung, 5. Februar 1967.

eigener Kraft zu verteidigen. Eng verbunden damit ist die Frage des nationalen Prestiges. Ein Staat, der über atomare Abschreckungsmittel verfügt, ist kein Kleinstaat im herkömmlichen Sinne mehr, mag sein Atompotential noch so gering und unbedeutend sein. Die Generalstabsplanungen der Atommächte gehen bekanntermaßen mit den nichtatomaren Staaten sehr großzügig um. Ein atomar bewaffneter Staat, auch ein Kleinstaat, verliert seine „strategische Unbedenklichkeit“, man muß sich mit ihm befassen, man muß die Beziehungen zu ihm überprüfen.

### 3. Schutz durch die Atommächte.

Auf der Genfer Abrüstungskonferenz wurde unter anderem auch der Vorschlag unterbreitet, die Atommächte sollten gegenüber den nichtatomaren Staaten Sicherheitsgarantien gegen atomare Angriffe abgeben. Demnach sollen sich die Atommächte verpflichten, unverzüglich mit einem Vergeltungsschlag zu antworten, falls ein Land, dessen Integrität sie garantieren, mit Nuklearwaffen angegriffen wird. Da Frankreich und die Volksrepublik China dem Atomsperrvertrag fernbleiben, könnten also nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Sowjetunion und Großbritannien als „Schutzmächte“ in Betracht kommen. Sollte eine derartige Schutzgarantie überhaupt einen Sinn haben, müßten die USA und Großbritannien für die Staaten ihres Einflßbereiches und die UdSSR für die Länder ihrer Einflßsphäre als „Schutz- und Garantiemächte“ auftreten. Das heißt, alle jene Staaten, die weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören, müßten sich freiwillig einer atomaren Schutzmacht unterstellen, also faktisch einem militärischen Bündnisssystem beitreten. Das würde bedeuten, daß zum Beispiel die neutralen Staaten gezwungen wären, ihren Status der immerwährenden Neutralität aufzugeben. Die Realisierung des Garantievorschlages würde aber auch den Atommächten ein Hegemoniestellung einräumen, womit sie ihre „Schützlinge“ nach Belieben bevormunden könnten. Die nichtatomaren Staaten müßten bereits im Frieden sich vertraglich verpflichten, auf den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht zu verzichten. Dafür sollen die Atom-mächte das Garantievorsprechen abgeben, daß sie im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Nuklearwaffen dem angegriffenen „Schützling“ sofort mit ihren Atomwaffen zur Hilfe kommen werden. Der Garantievorschlag verlangt demnach von den nichtatomaren Sta-

ten eine Vorleistung, die ein ganz erhebliches Risiko beinhaltet. Wäre Großbritannien im Ernstfall tatsächlich bereit, einen massiven nuklearen Vergeltungsschlag zu riskieren, wenn ein nichtatomarer Kleinstaat (z. B. die Schweiz oder Österreich) atomar angegriffen würde? — Wohl kaum! Eine Garantie besitzt nur dann einen Wert, wenn sie sich im Krisenfall bewährt. Das wird nur dann der Fall sein, wenn die Stärkeproportionen der Vertragspartner nicht allzu weit auseinanderklaffen. Bei einem Vertrag zwischen einem Atomgiganten und einem nichtatomaren Staat ist der „Schützling“ der atomaren „Schutzmacht“ auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Dazu kommt die „Bündnisfeindlichkeit der Atomwaffen“. Bereits in den bestehenden militärischen Bündnisssystemen (NATO, Warschauer Pakt) vermögen die nichtatomaren Bündnispartner, selbst wenn sie über ein bedeutendes konventionelles Waffenpotential verfügen, ihre berechtigten Ansprüche gegenüber den atomaren Bundesgenossen überhaupt nicht oder nur mit großer Mühe durchzusetzen.

### 4. Vertrag ohne Gegenleistung.

In seinem Bericht über die IV. Internationale Wehrkunde-Tagung am 28. und 29. Januar 1967 in München spricht Otto B. Roegele dem geplanten Atomsperrvertrag überhaupt den Vertragscharakter ab: „Der Atomsperrvertrag ist in Wirklichkeit überhaupt kein Vertrag; zu jedem Vertrag gehört ein ‚Do ut des‘, eine Leistung des einen und eine Gegenleistung des anderen Partners; der Atomsperrvertrag hingegen kennt nur eine Leistung der Kleinen, ihren Verzicht auf eigene Produktion und auf Erwerb von Atomwaffen, aber kein Äquivalent seitens der Großen, die nur auf Kosten aller anderen ihr Atomkartell errichten wollen.“<sup>19)</sup>

Die Atom-mächte müssen den nichtatomaren Staaten ein Äquivalent für den Verzicht auf den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht bieten. Mit einem bloßen Garantieangebot wird man die Proliferation nicht verhindern können. Die Atomgiganten (USA und UdSSR) müssen ernsthafte Anstrengungen unternehmen, die zu einer echten und dauernden Entspannung führen; zu einer Entspannung, die dem Sicherheitsbedürfnis der Atom-mächte und nicht weniger auch dem Sicherheitsbedürfnis

<sup>19)</sup> Otto B. Roegele, Rheinischer Merkur, 10. Februar 1967.

der nichtatomaren Staaten voll und ganz Rechnung trägt.

### 5. Unterbindung der wissenschaftlichen Forschung.

Die nichtatomaren Industriestaaten befürchten, daß durch den Atomsperrvertrag jede wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie unterbunden werden könnte. Mit Besorgnis weist Wilhelm Grewe auf die Absichten der USA hin, den nichtatomaren Staaten auch solche Kernexplosionen vertraglich zu versperren, die ausschließlich friedlichen Zwecken dienen: „Mit guten Gründen behaupten sie, daß es schwierig, wenn nicht unmöglich sei, den friedlichen Zweck einer Kernexplosion zu verifizieren. Das mag sein. Die Konsequenz ist jedoch, daß die Monopolstellung (genauer gesagt das ‚Oligopol‘) der Kernwaffenbesitzer immer stärker und die Beschränkung der übrigen immer weitergehen wird. Eine relative technisch-wissenschaftliche Rückständigkeit der Nichtnuklearen ist unter solchen Umständen auf weitere Sicht unausbleiblich. Sie wird eines Tages auch ökonomische Konsequenzen haben, da sie die Konkurrenzfähigkeit der industriellen Produktion auf dem Weltmarkt berührt.“<sup>20)</sup>

Es ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag aufgetaucht, die Internationale Atomenergie-Organisation in Wien mit der Überwachung und Kontrolle zu betrauen. Dieser Vorschlag ist sicherlich wert, allen Ernstes diskutiert zu werden. Wenn es gelingt, einen Weg zu finden, der verhindert, daß sich die Internationale Atomenergie-Organisation dadurch zu einer Zentrale für eine weltumspannende Industrie-Spionage entwickelt, sollten die nichtatomaren Industriestaaten über den Vorschlag mit sich reden lassen.

### 6. Nukleare Erpressung.

Als Frankreich und Großbritannien ihren Interventionsversuch am Suezkanal unternahmen, drohte die Sowjetunion mit Atomschlägen gegen Paris und London. Frankreich und Großbritannien brachen daraufhin ihre Intervention ab, zumal sie auf keine atomare Unterstützung von Seiten der USA rechnen konnten. Kennedy wiederum ließ keinen Zweifel aufkommen, daß er jedes von Kuba gegen die USA abgefeuerte Atomgeschloß mit einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag gegen die

UdSSR beantworten würde. Daraufhin trat der Kreml den Rückzug an und zog die Raketen von Kuba ab. Wenn die atomaren Großmächte untereinander mit Atomwaffen drohen, so handelt es sich dabei um eine dem Atomzeitalter angepaßte Form der Politik, zugegeben, um das äußerste Grenzgebiet der Politik. Wir haben es dabei mit Fällen der nuklearen Abschreckung zu tun.

Sollte jedoch eine Atommacht einmal dazu übergehen, einen nichtatomaren Staat mit einem möglichen Atombeschuß zu nötigen, das heißt zu irgendwelchen Zugeständnissen zu zwingen, dann liegt zweifelsohne eine nukleare Erpressung vor. Die nichtatomaren Staaten müssen auf jeden Fall mit der Möglichkeit einer nuklearen Erpressung rechnen, sei es in Zeiten politischer Hochspannung, sei es in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen.

### 7. Kalter Atomkrieg.

Beaufre vermerkt sarkastisch, den künftigen Historikern würde einmal die Begründung schwerfallen, weshalb die Atomkräfte ihren Verbündeten technische Geheimnisse vorenthalten, die dem Gegner längst bekannt sind. Alfons Dalma geht mit den Atomkräften nicht so hart ins Gericht, wenn er zu dem Thema der Disemination schreibt: „Es ist durchaus das gute Recht der Super- und Atomkräfte, keinen weiteren und auch nicht verbündeten Staaten Kernwaffen in deren nationalen Besitz zu geben. Niemand könnte einem Vertrag widersprechen, den sie zu diesem Zweck untereinander abschließen würden. Es bedarf aber kaum eines solchen Vertrages, denn der traditionelle ‚Sacro egoismo‘ der Macht war noch nie so ausgeprägt wie seit dem Anbruch des Atomzeitalters und im Bereich der Kernwaffen.“<sup>21)</sup>

Es gibt deutliche Anzeichen, die vermuten lassen, daß man versuchen wird, durch eine großangelegte Propagandawelle die nichtatomaren Staaten unter einen moralischen Druck zu setzen und damit den Beitritt zum Atomsperrvertrag zu erzwingen. Däniker bezeichnet diese Form der Nötigung als „Kalten Atomkrieg“ und schreibt unter Hinweis auf den Teststoppvertrag des Jahres 1963: „Interessant ist die Reaktion der öffentlichen Meinung auf diesen Akt. In der Schweiz, wo in zwei Volksabstimmungen bekundet worden ist, daß man sich die Hände in der Atomwaffenfrage nicht

<sup>20)</sup> Grewe, a. a. O.

<sup>21)</sup> Alfons Dalma, Die Presse, Wien, 18. Januar 1967.

binden wolle, erhob sich kaum eine Stimme gegen die Ratifizierung des Abkommens, das der Bundesrat in eigener Kompetenz unterzeichnet hatte." <sup>22)</sup> Er warnt dann eindringlich vor derartigen Gemeinschaftsaktionen: „Wir werden uns jedenfalls in Zukunft hüten müssen, bei derartigen Gemeinschaftsaktionen, die immer unter der Flagge der Stabilisierung des Weltfriedens und der Humanität einhersegeln werden, kritiklos mitzumachen.“ <sup>23)</sup>

---

<sup>22)</sup> Däniker, a. a. O., S. 89.

<sup>23)</sup> Ebenda, S. 90.

Otto B. Roegele fordert eine „Entmythologisierung“ des Atomsperrvertrages: „Daher ist jetzt nichts so wichtig wie der Nachweis, daß dieser Vertrag gar nichts mit der Sicherung des Friedens zu tun hat, daß er ein schlichter Ausdruck des Weltherrschaftsstrebens der beiden Supermächte ist und daß er in keiner Weise den weltbeglückenden, humanitären, universellen oder gar planetarischen Zielen dient, die man ihm andichtet.“ <sup>24)</sup>

---

<sup>24)</sup> Roegele, a. a. O.

## Wandlungen der amerikanischen Rüstungspolitik

Die Verhütung des Krieges — nach dem Ersten Weltkrieg, seit dem Genfer Protokoll von 1924 ein ernsthaftes und vieldiskutiertes Problem der internationalen Politik <sup>1)</sup>, das in der völkerrechtlichen Ächtung des Krieges im Briand-Kellogg-Pakt eine erste Lösung fand, mit dem Beginn der Herrschaft Hitlers jedoch das vorläufige Ende einer Rüstungsbeschränkung herbeiführte <sup>2)</sup> — mußte als das Gebot der Stunde erscheinen, als 1949 auf dem Hintergrund des Kalten Krieges das atomare Wettrennen begann. Angesichts der beschleunigten Entfaltung der technologischen Machtpotentiale nahm das Problem einer internationalen Sicherung des Friedens eine zentrale Bedeutung ein, wobei — im Gegensatz zum traditionellen Völkerrecht, das eine „Einhegung des Krieges“ anstrebte — die friedliche Regelung internationaler Konflikte überhaupt das Motiv bildete.

Zwar hatte der Kellogg-Pakt vom 27. August 1928 bereits drei grundlegende Völkerrechtsregeln enthalten, wonach die Vertragspartner auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten verzichteten, die Vertragspartner die Beilegung aller entstehenden Streitigkeiten ausschließlich durch friedliche Mittel unternehmen wollten und jeder Vertragsverletzer der Vorteile dieses Vertrages verlustig ging <sup>3)</sup>. In Fortführung von Bestimmungen der Völkerbundssatzung, die nur eine ganz ausnahmsweise Illegalisierung des Krieges, auch des Angriffskrieges kannte <sup>4)</sup>, wurde

mit dem Kellogg-Pakt auf das uralte souveräne Recht des Krieges verzichtet, und zwar als Mittel der Erzwingung eines bestehenden Rechts, als Mittel der gewaltsamen Änderung bestehenden Rechts und als Mittel souveräner Machterhaltung und Machterweiterung. Doch wurde durch den Pakt völkerrechtlich nur der Krieg, nicht aber die Anwendung von Gewalt schlechthin verboten.

Weitgehender war die Satzung der Vereinten Nationen, in deren Artikel 2 Nr. 4 es heißt: „Alle Mitglieder müssen sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung oder des Gebrauchs von Gewalt enthalten, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zwecken der UN unvereinbar ist“. Diese Bestimmung wird ergänzt durch Artikel I 1, in dem es als Zweck der Weltorganisation erklärt wird, „den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten“, sowie durch verschiedene Bestimmungen der Präambel, in denen die Entschlossenheit bekräftigt wird,

„1. kommende Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die schon zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat . . .

7. durch die Annahme von Prinzipien und die Einführung von Methoden sicherzustellen, daß bewaffnete Gewalt nur im gemeinsamen Interesse gebraucht werden darf“.

Dennoch gestattete auch die UN-Satzung Ausnahmen vom Gewaltverbot. So wird das „Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung“ gegen einen bewaffneten Angriff in Artikel 51 ausdrücklich aufrechterhalten, auch kann der Sicherheitsrat nach Artikel 41 militärische Gewaltmaßnahmen „zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des in-

<sup>1)</sup> Francis P. Walters, *A History of the League of Nations*, New York 1952, Bd. 1, S. 222 ff.

<sup>2)</sup> Carl-Loosli-Usteri, *Geschichte der Konferenz für die Herabsetzung und die Begrenzung der Rüstungen 1932—34*, Zürich 1940.

<sup>3)</sup> Friedrich Berber, *Probleme der Illegalisierung des Krieges durch die Satzung der UN*, in: *Zeitschrift für Politik*, 2/1961, S. 110.

<sup>4)</sup> Paul Guggenheim, *La sécurité collective et le problème de la neutralité*, in: *Annuaire suisse de droit international*, Bd. II, 11945, S. 16 ff.

ternationalen Friedens und der internationalen Sicherheit" ergreifen. Schließlich sind Zwangsmaßnahmen gegen einen früheren Feindstaat im weiteren Umfang zugelassen.

Das Völkerrecht verbietet den Krieg also nur als Mittel der nationalen, nicht der internationalen Politik, und nicht als Verteidigungshandlung.

Die amerikanische Planung ging bereits 1945 davon aus, daß weder moralische noch religiöse oder völkerrechtliche Erwägungen den Krieg zu verhindern vermögen: „Um dem Krieg Einhalt gebieten zu können, muß er technisch unmöglich werden.“<sup>5)</sup> Folgerichtig wurden die Techniken der Spieltheorie, des operations research und der Systemanalyse

auf militärisch-strategische Fragen angewandt. Rüstungspolitik im Atomzeitalter umfaßt nunmehr „das gesamte Spektrum der armament policies, die Produktion und Dislozierung wie die Verminderung oder Abschaffung von Waffen, die Kontrolle der Rüstungen und den Ausbau jener Organisation zur Erhaltung des Friedens, die das Endziel aller Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ist. Rüstungspolitik kann dabei ein Wettrüsten zwischen Mächten sein, die glauben, es sich nicht leisten zu können, die Entwicklung und Einführung immer zerstörungsträchtigerer Waffen zu stoppen, weil sie befürchten, sonst der Gnade des Feindes ausgeliefert zu sein. . . Aber Rüstungspolitik kann auch eine Eindämmung, ja eine Einstellung des Wettrüstens bedeuten.“<sup>6)</sup>

## Die Theorie von der „Wahrscheinlichkeit des Krieges“

In Modellform lassen sich nach Kahn<sup>6a)</sup> folgende Verhaltensweisen von Nationen in Konfliktsituationen charakterisieren:

- die vertragliche Verhaltensweise (contractual): Die Regelung von Gegensätzen erfolgt hier nach dem Prinzip von quid pro quo, dem Abwägen von Vor- und Nachteilen. Derartige Vereinbarungen sind auch möglich zwischen feindlichen Kontrahenten. Der Westen geht bei seinen Abrüstungsverhandlungen mit dem Osten u. a. auch von diesem Standpunkt aus;
- die zwangsmäßige Verhaltensweise (coercive): Zwangsausübende Beziehungen zwischen zwei Seiten sind ebenfalls als Quid-pro-quo-Transaktionen anzusehen, nur daß hier Drohungen und Gewalt angewendet werden;
- die kämpferische Verhaltensweise (agonistic): Hierbei handelt es sich um kulturell geprägte Verhaltensschemata und Spielregeln, die

sich zwischen bestimmten Nationen herausgebildet haben; die Gewaltanwendung unterliegt gewissen Begrenzungen;

- die stilistische Verhaltensweise (stylistic): In der Geschichte haben Nationen bestimmte Traditionen und Stilelemente in ihrem politischen Gebaren entwickelt, die in einer Beurteilung berücksichtigt werden müssen;
- die familiäre Verhaltensweise (familial): Zwischen bestimmten Nationen bestehen häufig gewisse familiäre Beziehungen, gemeinsame Kultur, historisches Schicksal, Interessengemeinschaft, Solidarität.

Nach der amerikanischen Spieltheorie beruht das Verhalten von Nationen in der politischen Wirklichkeit auf einer Mischung der verschiedenen Elemente. In den Ost-West-Beziehungen sind abwechselnd und sich überschneidend sowohl die agonistic- und contractual- als auch die coercive-Verhaltensweise wirksam geworden. Für die militärischen Planer seit 1945 hat die Abschreckung der Gegner vom Kampf ausschlaggebende Bedeutung erlangt. Mit der technischen Entwicklung sind Kriege denkbar geworden, die nicht bis zum

<sup>5)</sup> Oskar Morgenstern, *Strategie — heute*, Frankfurt 1962, S. 312.

<sup>6)</sup> Eine *Strategie für Europa*, hrsg. von Alastair Buchan und Philip Windsor, Frankfurt/Main-Berlin 1963, S. 25.

<sup>6a)</sup> Hermann Kahn, *Eskalation. Die Politik mit der Vernichtungsspirale*, Berlin 1966.

Sieg, zum Patt oder zur Kapitulation durchgefochten werden können. Von derartigen Kriegen soll abgeschreckt werden. Die Strategie der Abschreckung und massiven Vergeltung beruhte auf Gedanken, die von der Marinestrategie entwickelt und von der Luftwaffe den technischen Verhältnissen des Atomzeitalters angepaßt worden waren <sup>7)</sup>. Die Marinestrategie, die sich auf ein weltumspannendes System überseeischer Basen, Freundschaftsverträge zum Schutze dieser Basen und eine weltweit operierende Handelsflotte und Wirtschaftsmacht stützte, gewann ihre entscheidenden Schlachten bereits im Frieden, indem sie durch wirtschaftlichen Einfluß und Verträge Positionen besetzte, die sie im Kriege kaum erlangen konnte <sup>8)</sup>.

Die eine Gruppe von Meinungen in der amerikanischen Diskussion um die Abschreckung konzentrierte sich auf die Frage, welche Zielrichtungen ein thermonuklearer Krieg haben solle: gegen die Bevölkerung oder gegen die Atomstreitkräfte des Feindes. Ausgangspunkt der Überlegungen war das Denken von Dulles, bis „an den Rand des Krieges“ zu gehen: „Die Fähigkeit, ‚bis an den Rand‘ zu gehen, ohne daß es zum Krieg kommt, ist die notwendige Kunst.“ <sup>9)</sup> Politisch verband sich allerdings mit der Gewißheit, daß die Welt in Zukunft „mit H-Bomben leben“ müßte <sup>10)</sup>, in den USA das Gefühl, den kommunistischen Block als eine Dauererscheinung hinnehmen zu müssen, dem nur eine wirksame Abschreckung entgegengesetzt werden müsse.

Einige Vertreter der Abschreckungstheorie behaupteten, es sei möglich, einen thermonuklearen Counter-Force-Krieg zu führen, in dem ein Großteil der Bevölkerung und damit des gesellschaftlichen Gefüges der kriegführenden

Mächte unverletzt bleiben könne. Es würden nur militärische Ziele getroffen werden. Diese Theoretiker waren sich darin einig, daß die Verhütung eines Counter-Force-Krieges die beste Lösung sei. Sie behaupteten aber gleichzeitig, die aussichtsreichste Methode zu seiner Verhütung sei die Vorbereitung darauf, ihn zu gewinnen. Die Counter-Force-Theoretiker vertraten die Ansicht, daß nur in einem Falle ein Krieg unbedingt verhütet werden müsse: im Falle der totalen thermonuklearen Katastrophe. Für alle kleineren Arten von Kriegen, einschließlich des thermonuklearen Counter-Force-Krieges, hielten sie Verteidigung für noch möglich und notwendig. Diese Theorie wurde am stärksten innerhalb der Luftwaffe vertreten, denn sie war auf Eigenschaften der Waffen zugeschnitten, welche die Luftwaffe entweder besaß oder zu besitzen erwartete: die Bomber der Typen B-58 und B-70, Atlas-, Titan- und Minuteman-Raketen, die U-2, Aufklärungssatelliten und ein atomgetriebenes Flugzeug. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Modells war allerdings eine exakte Selbstkontrolle beider Seiten in einem solchen Krieg, die auf einer kalten rationalen Analyse des Selbstinteresses beruht. Die Luftwaffe habe den Vergeltungsschlag gegen die sowjetischen Raketen- und Bomberbasen zu richten, in der Hoffnung, so viel wie möglich vom sowjetischen thermonuklearen Potential zu treffen, ohne die sowjetische Gesellschaft zu vernichten. Die Counter-Force-Theoretiker behaupteten, beide Seiten würden ihr eigenes Interesse darin sehen, ihren Angriff sorgfältig im Sinne der agonistic-Verhaltensweise zu beschränken. Außerdem könne die amerikanische Atomdrohung oder der Angriff entsprechend dem Ausmaß der feindlichen Provokation abgestuft werden.

Andere Vertreter dieser Abstreckungstheorie gingen von der Annahme eines „Strafkrieges“ oder Counter-Force-Plus-Krieges aus, den die USA als Vergeltung gegen einen großen kommunistischen Krieg mit Ziel Westeuropa führen würden. Die USA müßten jedoch eine verzweifelte Vergeltung gegen einige ihrer eigenen Städte befürchten. Eine große konventionelle Armee für den begrenzten Krieg könne

<sup>7)</sup> Walt W. Rostow, *The United States in the World Arena. An essay in recent history*, New York 1960, S. 224.

<sup>8)</sup> Vgl. A. T. Mahan, *The Influence of Sea Power upon History*, London 1889, S. 22.

<sup>9)</sup> James Shepley, *How Dulles averted War*, in: *Life* (Chicago), Januar 1956, S. 70—80.

<sup>10)</sup> Eugene Rabinowitch, *Living with H-Bombs*, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, Januar 1955, Bd. 11, S. 5—8.

eingespart werden, da die Angriffe solcher Armeen mit thermonuklearen Mitteln zurückgeschlagen und bestraft werden könnten. Dafür müßten Vorbereitungen für die Evakuierung der Großstadtbevölkerung in große Bunker getroffen werden. Die Konsequenz aus der technischen Entwicklung, die auch die USA einem Vernichtungsschlag auszusetzen drohte, zog der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten im Jahre 1959: „Das Land, dessen Sicherheit früher unantastbar

war, ist jetzt der Gefahr eines direkten und vernichtenden Überfalls ausgesetzt ... Der Anbruch des Zeitalters der Atomraketen hat die Zeit ungeheuer verkürzt, die notwendig ist, um einen Atomsprengkörper über interkontinentale Entfernungen hinweg ins Ziel zu bringen, und dementsprechend auch die Zeit, in der vor einem Angriff gewarnt werden kann. All dies hat ... zu der starken Versuchung geführt, in einem Atomkrieg den ersten Schlag zu führen.“<sup>11)</sup>

## Die Konzeption des „zweiten Schlages“

Schon bald setzte sich immer mehr die Auffassung durch, jeder H-Bomben-Krieg würde leicht zum totalen Atomkrieg werden. Von einem solchen Krieg könne man nur abschrecken, wenn man aller Welt den unausweichlich katastrophalen Ausgang deutlich vor Augen führe. Die Schrecklichkeit eines solchen Krieges müsse aufs äußerste getrieben werden, um damit den Krieg sinnlos machen. Diese Theoretiker hofften, daß im Ergebnis nur noch begrenzte Kriege übrigbleiben, die mit taktischen Atomwaffen oder mit konventionellen Waffen geführt werden würden. Da dieses Programm die Schaffung einer äußerst starken Abschreckungsmacht einerseits und eines Potentials für begrenzte Kriege andererseits nötig machte, sprach man von einer *Balanced Deterrent* (gleichwertigen Abschreckungsmacht). Diese Theoretiker meinten, die USA sollten ihr thermonukleares Potential so ausrichten, daß damit eindeutig der gesamten feindlichen Nation Vernichtung angedroht sei. H-Bomben und Raketen sollten direkt auf die Städte des Sowjetblocks gerichtet werden. Diese Einstellung wurde besonders von der Marine vertreten, deren Stärke auf der Polaris-Rakete beruhte, welche mit ihrer halben Megatonne Sprengkraft nur gegen Städte wirksam eingesetzt

werden konnte. Die Strategiker der *Balanced Deterrent* behaupteten, daß die Existenz einer unverletzlichen strategischen Streitmacht wie der Polaris einen starken Druck gegen jeden feindlichen ersten Atomschlag bewirke. Man hoffte, daß beide Seiten, wenn sie das Niveau der unverwundbaren Abschreckung erreicht haben, sich stillschweigend darauf einigen würden, den weiteren Rüstungswettlauf zu stoppen. Während die Polaris die strategische Unverwundbarkeit garantierten, sei die Verwundbarkeit der Bevölkerung gesichert, wenn man auf jeden ernsthaften Zivilschutz verzichte.

Das Überleben ausreichender Raketenstreitkräfte für den zweiten Schlag nach einem feindlichen Überraschungsangriff sollte auf folgende Weisen gesichert werden:

- „Härtung“, das heißt direkter Schutz gegen physische Beschädigung,
- Deckung, das heißt auch Fluchtmöglichkeit und, wie im Falle der Polaris-Unterwasser-Raketen, Mobilität,
- Menge, das heißt dem Gegner mehr Ziele entgegenstellen, als er möglicherweise bewältigen kann.

Es zeigte sich immer deutlicher, wie sehr die nationale Sicherheit mit technologischen Fragen verwoben war. Von der Minenbombe des Zweiten Weltkrieges bis zur thermonuklearen

<sup>11)</sup> Development in Military Technology and their Impact on United States Strategy and Foreign Policy, December, 6, 1959, S. 3.

Bombe hatte sich die Gewalt militärischer Explosionsstoffe millionenfach vermehrt. Die Zeitspanne, die zum Transport von Massenvernichtungsmitteln zwischen den Hemisphären nötig ist, war von den 20 Stunden, die eine B-29 mit ihren 500-km-Stundengeschwindigkeit brauchte, bis auf die 30-Minuten-Flugzeit der ballistischen Rakete geschrumpft. Ferner hatte der Einbau des Computers in die Befehls- und Kontrollsysteme die Kapazität ihrer Informationsverarbeitung von sechs Größenordnungen im Vergleich zum menschlichen Nervensystem erhöht. Die Kosten der Rüstung erreichten phantastische Höhen. Der Bau eines einzigen reaktorgetriebenen Unterseebootes mit 16 Raketen mittlerer Reichweite vom Typ Polaris kostete 700 Millionen DM, Entwicklung, Bau und Einbunkern eines Systems von 1000 Minuteman-Interkontinentalraketen 28 Milliarden DM. Die großen Trägersysteme für Atomwaffen, und jedes für sich allein, kosten also durchschnittlich fast zweimal soviel, wie der gesamte jährliche Bundesverteidigungshaushalt ausmacht<sup>12)</sup>. Der Aufbau einer atomaren Weltmacht erforderte folgende Voraussetzungen:

- die Fähigkeit, spaltbares oder fusionsfähiges Material für Atomwaffen beider Gattungen in hinreichend großer Menge herzustellen;
- das Potential, Atomwaffenträger in möglichst großer Variation, vom Granatwerfer bis zum Überschall-Interkontinentalbomber und vom Unterseeboot bis zur unverwundbaren Interkontinentalrakete zu produzieren;
- die Ergänzung dieser Atommacht durch eine möglichst vielseitige konventionelle Streitmacht;
- Die Absorptionsfähigkeit, um durch die Größe des eigenen Gebietes und der eigenen Bevölkerung wenigstens einen begrenzten atomaren Schlag des Gegners aufzufangen;
- die Mittel, ununterbrochen die Abwehr von feindlichen Atomwaffenträgern zu verbessern

und einen meßbaren Vorsprung auch in der Abwehr von Raketen zu gewinnen;

— die Möglichkeit, ganz neue Waffen außerhalb des kernphysikalischen Bereiches oder ganz neue Träger für nukleare Waffen zu entwickeln, die definitiv unverwundbar sind<sup>12)</sup>.

Der Einsatz von Nuklearwaffen erfordert ein Höchstmaß an Automation der Aufklärungs- und Warntätigkeit, der Verarbeitung der Daten für die Einsatzplanung, der Nachrichtenübermittlung und nicht zuletzt der Steuerung der Waffenträger und der Auslösung der Waffen selber.

Um Provokationen, die nicht auf den totalen Krieg hinauslaufen, abzuschrecken, bauten die Strategiker der *Balanced Deterrent* auf die taktischen Streitkräfte, in denen sie ein Potential sahen, um verhältnismäßig begrenzte Kriege führen zu können. Die Sprengkraft einer taktischen Atomwaffe bzw. einer 28-cm-Atomgranate beträgt rund 0,015 Millionen t TNT gegenüber rund 50 Millionen t TNT einer H-Bombe. Die gesamte über Deutschland im Zweiten Weltkrieg abgeworfene Bombenmenge betrug 1,3 Millionen t TNT. Mit anderen Worten, die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben werden heute nur zu den taktischen Atomwaffen gerechnet.

Die Bereitschaft für den begrenzten Krieg zwang die Strategie der *Balanced Deterrent* in ein Dilemma. Schloß die Streitmacht für den begrenzten Krieg auch Kernwaffen ein, so wurde das Hinaufschaukeln zum Thermonukleareren Krieg (*escalation*) in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt. Stellte man sich nur auf konventionelle Waffen ein, konnte der Westen mit den konventionellen Armeen des Ostens nicht Schritt halten.

Seit der Administration Kennedy ist die Konzeption der flexiblen Verteidigung und damit auch die Forderung gegenüber den europäischen NATO-Partnern nach Erhöhung ihrer konventionellen Streitkräfte in den Vorder-

<sup>12)</sup> Joachim Schwellien, Wieviel Bomben hat de Gaulle? in: Die Zeit, 27. November 1964.

grund getreten. Der Wandel der Auffassung wurde erkennbar, als General Taylor zunächst Militärberater des Präsidenten und dann Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Armee wurde. Die Vertreter dieser Mix-Theorie glauben, daß ein Verteidigungssystem, das für einen Angriff unvorhersehbare Antworten bereithält, die relativ größte Abschreckungswirkung bietet. Nach McNamara „darf unser Potential für einen Gegenschlag nicht ausschließlich auf nukleare Waffen beschränkt werden“<sup>13)</sup>.

In der amerikanischen Strategie nahm der Begriff der Escalation immer mehr an Bedeutung zu, unter dem man die Herbeiführung einer gesteigerten Krisensituation versteht. Die Escalation kann der Absicht dienen, dem Gegner zu drohen, ihn unter Druck zu setzen, ihn zu provozieren oder abzuschrecken. Drei Escalationsmethoden sind dabei nach amerikanischer Auffassung zu unterscheiden:

— Intensivierung des Mitteleinsatzes durch die Benutzung zusätzlicher, besserer und neuerer Ausrüstungen;

— Ausdehnung des lokalen Konfliktsgebietes und Einbeziehung lokaler „Heiligtümer“ (sanctuaries escalation);

— Ausdehnung des Konflikts durch die Einbeziehung völlig neuer Gebiete und Angriff auf zentrale Heiligtümer (compound escalation).

Die amerikanischen Planer haben eine breite Skala der Bedingungen zweiseitiger Escalationssituationen entwickelt. Einmal könne jede

Seite durch entsprechenden Mitteleinsatz eine bestimmte Auseinandersetzung gewinnen, wenn der Gegner die Herausforderung nicht beantwortet. Der Erfolg könne für jede Seite so verlockend sein, daß sie in der Gewißheit, der Gegner werde der erhöhten Kraftanstrengung nichts Entsprechendes entgegensetzen, ihren Einsatz erweitere. Zum andern könne jede Seite höhere Stufen der Escalation zu vermeiden suchen. Somit seien die Risiken einer Escalation bedeutende Abschreckungsfaktoren bei allen Überlegungen, selbst wenn die jeweilige Seite der Meinung sei, bei höherem Escalationsgrad das Übergewicht zu erringen. Schließlich seien beide Seiten an der Aufrechterhaltung von bestimmten Schwellen interessiert, die die Wahrscheinlichkeit von weiteren Escalationen, Eruptionen und unerwünschten langfristigen Auswirkungen vermindern. Auch werde jede Seite im allgemeinen zu vermeiden suchen, in ihrem taktischen Verhalten als kühl-nüchterner Mathematiker oder zynischer Erpresser zu erscheinen, sondern vielmehr die agonistic (kämpferische) Note betonen.

Zwar besteht in den USA weitgehend Übereinstimmung darüber, daß die Fähigkeit des „zweiten Schlages“ (second strike) weiter ausgebaut werden müsse, doch weiterhin auch darüber, daß die USA mit diesem Zustand ihre wichtigsten strategischen Aufgaben erreicht hätten. Nach Ausbruch eines Nuklearkrieges werde es wichtig sein, Schäden zu begrenzen. Die Diskussion darüber ist noch im Gange. Ihr wichtigster Punkt ist der Aufbau eines Anti-Raketenprogramms (Anti-Ballistic Missiles = ABM).

## Probleme der Abwehr ballistischer Flugkörper

Die amerikanische Planung geht von der Tatsache aus, daß in den USA Bevölkerung und

Industrie meist in den gleichen Landstrichen konzentriert sind. Der beste Schutz gegen einen Angriff für die Menschen wäre zugleich auch die beste Verteidigung der amerikanischen Industrie. Die Sachlage wäre anders,

<sup>13)</sup> McNamara vor der Universität Michigan in Ann Arbor am 16. Juni 1962, in: Europa-Archiv 1962 (14), D-369.

wenn der Gegner keinen Vernichtungsangriff startet, sondern nur gezielte Salven schießen würde. Mit zwei Raketen auf den Hoover- und Bonneville-Damm könnte ein Angreifer die amerikanische Energieversorgung so empfindlich stören, daß die Schäden in der Industrie in keinem Verhältnis zu den dann vergleichsweise geringen Verlusten an Menschenleben stehen würden. Gegen einen solchen Angriff wäre ein über das ganze Land verbreiteter AMB-Schirm noch der beste Schutz. Würde man die Waffe bauen, dann wäre sie die teuerste Waffe des Pentagon. Ihre jährlichen Kosten würden sich auf etwa 12 Milliarden DM belaufen. Diese Waffe würde aber auch die militärische Position der USA entscheidend verändern und zugleich tiefgreifende Folgen auf die strategische Situation in der ganzen Welt haben.

Die neue Waffe ist technisch ein Anti-Raketen-System mit dem Namen Nike-X. Die Abwehrraketen vom Typ Nike-Zeus (Stückpreis 4 Millionen DM) fliegen feindlichen Ferngeschossen bis auf eine Distanz von 500 km zielsicher entgegen; die Abfangraketen vom Typ Sprint (Stückpreis 2,4 Millionen DM) fangen anfliegende Feindraketen mit blitzartiger Beschleunigung noch 50 bis 80 km vom Zielort entfernt ab. Dieses Waffensystem, ein komplettes Gebilde aus Radargeräten, Elektronenrechnern und ferngelenkten Raketen mit Atomsprengköpfen, soll die Interkontinentalraketen abfangen und im Fluge zerstören. Ein ABM-System würde in einem Zeitraum von wenigen Minuten den Angriff erkennen, würde ausfindig machen, welche der heranrasenden Geschosse atomare Sprengköpfe tragen und welche Attrappen sind, würde eigene Verteidigungsraketen starten und sie auf einen Kurs steuern, der es ermöglicht, die mit einer Geschwindigkeit von 28 800 Stundenkilometer heranziehenden Interkontinentalraketen abzufangen und im Fluge zu zerstören. Im Durchschnitt werden der Abwehr von der Erfassung des angreifenden Flugkörpers bis zum vermutlichen Zeitpunkt seines Auftreffens am Boden

vielleicht nur 30 Sekunden zur Verfügung stehen.

Der nukleare Gefechtskopf hat einen größeren Wirkungsbereich als der konventionelle, andererseits verursacht er eine „Blendung“ der Radargeräte (radar blackout), und zwar durch den Feuerball und ionisierte Detonationsprodukte des Gefechtskopfes der Abwehrwaffen. Das Endphasen-Abwehrsystem Sprint konzentriert sich auf den Teil der Flugbahn des angreifenden Flugkörpers, der während des Wiedereintritts der angreifenden Objekte wieder in der Atmosphäre verläuft, so daß es sich praktisch um eine Nachabwehr handelt. Diese Endphasen-Abwehrsysteme haben aber den großen Vorteil, daß die Atmosphäre alle wieder in sie zurückkehrenden Flugkörper bremst, was die Unterscheidung der Flugkörper mit Atomsprengköpfen von anderen Objekten, z. B. Tarnflugkörpern und Düppelstreifen sehr erleichtert.

Das amerikanische Raketenabwehrsystem Nike-X würde also damit zu rechnen haben, daß die Atomsprengköpfe der Angreifer von zahlreichen Attrappen begleitet werden, um die US-Abwehr zu verwirren. Das „Mehrbereichs-Radarsystem“ würde die Flugkörper aber bereits in einer Entfernung von einigen hundert Kilometern erfassen und unterscheiden. Langstrecken-Abwehrraketen vom Typ Nike-Zeus hätten diese Geschosse, soweit sie identifiziert sind, dann in 300 bis 600 Kilometer Höhe zu zerstören. Beim Eintritt in die Atmosphäre würden die leichteren Attrappen hinter den Atomsprengköpfen zurückbleiben. Der zweite Abwehrschlag mit den schnellstartenden Sprint-Raketen würde dann weitere Raketen des Gegners vernichten. Bereits vor dem NATO-Radarschirm tasten weitreichende Antennen und andere elektronische Spürgeräte bis tief in das Gebiet des Ostblocks hinein den Luftraum nach Flugkörpern ab. Die hochempfindlichen Ortungsanlagen liefern ihre Daten automatisch an die Luftverteidigungszentren, im europäischen NATO-Bereich zum Beispiel an die vier Luftverteidigungszentren Dra-

chenbronn, Erbeskopf, Uedem und Brockzetel. Computer errechnen in Sekunden Kurs, Geschwindigkeit und Beschaffenheit dieser Flugkörper. Von den Befehlsbunkern aus können in Europa im Ernstfall in Einsatz gebracht werden:

— alliierte Jagdflieger-Verbände vom Typ „Starfighter“ F-104 G, „Delta Dagger“ F-102 und „Lightning“;

— radargelenkte Flugabwehr-Raketen vom Typ „Nike-Hercules“ mit einer Reichweite bis zu 30 000 Meter Höhe und radargesteuerte „Hawk“-Raketen, mit denen niedrigfliegende Flugkörper abgewehrt werden können.

Nach der bisherigen Radarortung erfassen die Radarstrahlen die Rakete erst, wenn sie über dem Horizont auftaucht, da die Strahlen sich gradlinig ausbreiteten. Nach dem neuen US-Radar-Warnsystem werden die Radarstrahlen von der Ionosphäre reflektiert, so daß sie die Raketen schon Sekunden nach dem Start erfassen können. Die Reichweite des Radar-Spähnetzes wurde damit verdoppelt und die Zeitspanne zur Abwehr von bisher 15 Minuten auf rund 30 Minuten verdoppelt.

Dennoch würden einige anfliegende Raketen trotz eines einsatzfähigen ABM-Systems ihr Ziel erreichen. Verteidigungsminister McNamara schätzt, daß mit einem solchen System einschließlich von Atombunkern die Zahl der Toten in den USA im Falle eines Atomkrieges von 150 Millionen Menschen auf 75 Millionen vermindert werden könnte. Ein Nike-X-System für 80 Milliarden DM, ergänzt durch ein System von Luftschutzbunkern, würde also die Zahl der Todesopfer schätzungsweise auf die Hälfte verringern und Sachwerte von einigen hundert Milliarden Dollar retten. Es ist praktisch unmöglich, der Bevölkerung der USA einen nur annähernd sicheren Schutz zu bieten. Im Falle eines Großangriffs wären 20 % der Menschen auf keinen Fall zu retten. Weitere 25 % wären wahrscheinlich zu retten, denn sie leben an Orten, die nicht angegriffen werden. Um die besten Schutzmöglichkeiten der restlichen 55 % geht es in der gegenwärtigen Diskussion. In der Erklärung McNamaras über das US-

Verteidigungsprogramm am 23. Februar 1966 heißt es: „Angesichts der Streitkräfte, über die die Sowjets im nächsten Jahrzehnt nach unseren Erwartungen verfügen werden, wird es uns völlig unmöglich sein, unserer Bevölkerung einen auch nur annähernd vollständigen Schutz zu bieten, gleichgültig, wie umfangreich die von uns aus aufgestellten Streitkräfte für den allgemeinen Atomkrieg wären und sogar einschließlich der hypothetischen Möglichkeit eines ersten Schlages von unserer Seite.“<sup>14)</sup> Es scheint also „nicht möglich zu sein, für eine Stadt ein Abwehrsystem zu entwickeln, das so gut ist, daß es von einem entschlossenen Angreifer nicht überwunden werden kann.“<sup>15)</sup>

Eine fünfzehnköpfige Gruppe amerikanischer Wissenschaftler und Politiker, die auf Anregung des Präsidenten für die „White House Conference on International Cooperation“ eine umfangreiche Untersuchung über Möglichkeiten der amerikanischen Sicherheitspolitik ausgearbeitet hatte, warnte im November 1965 vor dem Aufbau des ABM-Systems, das ein neues Rüstungswettrennen sowohl bei Offensiv- wie bei Defensivwaffen auslösen werde. Der Bericht von Jerome B. Wiesner, dem wissenschaftlichen Berater Kennedys, Roswell Gilpatrics, dem früheren stellvertretenden Verteidigungsministers, den zwei ehemaligen Abrüstungsbeauftragten Harold E. Stassen und Frederick M. Eaton sowie Professor Carl Kaysens, des ehemaligen Beraters von Bundy, weist darauf hin, daß ein ABM-System auch ein Fallout-Bunker-System erfordert, da die Nike-A und die Sprint nukleare Sprengköpfe tragen würden, die im Ernstfall über amerikanischem Territorium zur Explosion gebracht würden. Die amerikanische oder die sowjetische Entscheidung, ein ABM-System zu errichten, würde auch die andere

<sup>14)</sup> Statement of Secretary of Defense R. S. McNamara before the Senate Subcommittee on Department of Defense Appropriations on the Fiscal Year 1967—71.

<sup>15)</sup> Charles M. Herzfeld, Probleme und Möglichkeiten der Abwehr ballistischer Flugkörper, in: Europa-Archiv, Heft 5/1966, S. 181.

Weltmacht zum gleichen Schritt veranlassen. Es würde ferner einen Wettlauf zur Verbesserung von Interkontinentalraketen und der dazugehörigen Köder auslösen. Damit würde eine „vertikale Proliferation“ in Gang gebracht, die das derzeitige Gleichgewicht der Abschreckung gefährden müsse<sup>16)</sup>.

Tatsächlich wäre eine logische Folge die beschleunigte Entwicklung eines sowjetischen Anti-Raketen-Systems. Zu dem Zeitpunkt, da die amerikanische Nike-X einsatzbereit wäre, könnten die Sowjets ihre Angriffskapazität so weit gesteigert haben, daß die USA dann verwundbarer wären, als sie es heute sind. Während die Sowjetunion die Zahl ihrer Interkontinentalraketen ständig vergrößerte, würden die USA fortwährend neue Anti-Raketen-Stellungen errichten und gleichfalls ihre Streitmacht an Interkontinentalraketen verstärken müssen, um im Falle eines feindlichen Überraschungsangriffs genügend intakt gebliebene Raketen für den „second strike“ zu besitzen.

Statt eine Abwehr aufzubauen, könnten die USA die entsprechenden personellen und finanziellen Mittel dazu verwenden, um stärkere ICBM- oder Polaris-Kräfte zu schaffen. Ein neues Waffensystem mit der Typenbezeichnung ICM (Improved Capability Missile — Fernrakete mit erweiterten Einsatzmöglichkeiten) soll die amerikanische Atom-Überlegenheit billiger und verlässlicher wiederherstellen als der Bau eines Raketen-Abwehrsystems. Die Tragkraft der ICM-Rakete soll die der herkömmlichen Minuteman- und Polaris-Geschosse um ein Vielfaches übertreffen. So könnten die atomaren Sprengkörper ebenfalls vergrößert oder gebündelt werden. Ein Teil des Laderaumes in der Raketenspitze würde mit Durchdringungshilfen gefüllt werden, raffinierten Attrappen und Störgeräten, die in den elektronischen Hirnen des sowjetischen Abwehrsystems Verwirrung stiften sollen.

Tatsächlich könnte in den letzten Jahren „die Offensive sogar die Geschwindigkeit, mit der sie Kriegslisten und Waffen zur Mattsetzung sogar der fortgeschrittensten Defensivtechnologien realisiert, um einiges erhöhen“<sup>17)</sup>.

Einen echten Ausweg aus diesem strategisch-technologischen Dilemma sehen immer mehr verantwortungsbewußte Politiker und Wissenschaftler nur noch in der Rüstungsbegrenzung, zumindest der beiden Weltmächte<sup>18)</sup>. In den USA zeichnet sich immer mehr die Tendenz ab, das atomare Potential in Europa abzubauen, um der Sowjetunion das Gefühl unmittelbarer Bedrohung zu nehmen. Es ist offensichtlich, daß starke Kräfte in der amerikanischen Regierung das atlantische Bündnis auf dem Altar der sowjetisch-amerikanischen Rüstungspolitik zu opfern bereit sind. Der Vorsitzende des Kongreßausschusses für Atomenergie, Chet Holifield, schlug bereits im November 1965 vor, den MLF-Plan zugunsten größerer Kontrollbefugnisse der NATO über den Kernwaffeneinsatz zur Verteidigung Europas fallenzulassen<sup>19)</sup>. Unerwünscht ist nach W. Foster schon heute noch eine Schwächung der NATO „in einem Rhythmus, der rascher als das Tempo der Verminderung der tatsächlichen Gefahren“<sup>20)</sup>. Die USA hoffen, die Sowjets leichter zum Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen gewinnen zu können, wenn die amerikanische Verfügungsgewalt über alle Atomwaffen des atlantischen Bündnisses deutlich sichtbar gemacht wird. Aus diesem Grunde wollen sie u. a. die Starfighter-Verbände der Bundeswehr, Italiens, Belgiens und der Niederlande „entatomisieren“.

<sup>17)</sup> J. B. Wiesner/H. F. York, in: *Scientific American*, Oktober 1964.

<sup>18)</sup> Vgl. Rainer Waterkamp, *Die Politik des gegenseitigen Beispiels im Vorfeld der Abrüstung*, in: *Frankfurter Hefte*, März 1965; ders., *Atomare Abrüstung*, Berlin 1965, S. 50 ff.

<sup>19)</sup> *The New York Times*, 18. November 1965.

<sup>20)</sup> W. Foster, *New Directions in Arms Control and Disarmament*, in: *Foreign Affairs*, Juli 1965, S. 601.

<sup>16)</sup> *The New York Times*, 25. November 1965.  
Vgl. Joachim Schwelien, *Abrüstung an der Bergstraße*, in: *Die Zeit*, 3. Dezember 1965.

Die neue strategische Konzeption McNamaras, nach der Raketen auf dem Kontinent die Sowjetunion nicht erreichen und nur den Aufmarsch der Armeen des Warschauer Paktes in Ost- und Mitteleuropa abdecken würden, während allein die strategischen Nuklear-Streitkräfte Ziele in der Sowjetunion bedrohen, würde bedeuten, daß die Raketen von der obersten Kommandozentrale in Washington unter Kontrolle gehalten werden könnten.

Trotzdem scheint inzwischen die Forschungsarbeit an einem Programm für die Entwicklung

fortgeschrittener nuklearer Raketen-Gefechtsköpfe in den USA unvermindert weiterzugehen. Wissenschaftler des ABRES (Advanced Ballistic Re-Entry Systems Program) haben bereits einen Gefechtskopf entwickelt, der beim Wiedereintritt in die Atmosphäre unvorhergesehen zu manövrieren beginnt, um die elektronischen Abwehrsysteme des Gegners zu verwirren. Die Erkenntnisse dieser Forschungsarbeit sollen bereits 1968 verwertet werden: in Form der „Poseidon“-Rakete auf den amerikanischen Atom-U-Booten.